

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 2 (1888)

141 (28.11.1888)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-191013](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-191013)

Norddeutsches Volksblatt.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform, für Politik und Unterhaltung.

Erpedition: Vant-Wilhelmshaven, Adolfsstraße Nr. 1.

Abonnement:
bei Vorausbezahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . 1 M. 50 Pf.
für 2 Monate . . 1 " " "
für 1 Monat . . 50 " "
incl. Postbestellgeb.

Erschint
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inferate:
die viergespaltene Zeile 10 Pf.
bei Wiederholungen Rabatt.

Die deutschfreisinnige Partei und das „freisinnige“ Bürgerthum.

Es ist ergötzlich mit anzusehen, wie sich die freisinnigen Blätter über die wirklichen oder vermeintlichen Ursachen der Wahlniederlage ihrer Partei mit einander herumstreiten. Die wirklichen Gründe zu würdigen, fällt ihnen schwer, denn in dieser Partei ist mit den Führern (A) so lächerlicher Verlogenheitsfalsch getrieben worden, daß ein „freisinniger“ Journalist sich nicht leicht zu einer selbstständigen Abwägung darüber aufschwingen kann, ob das, was ein Eugen Richter oder ein Rickert gethan, die lautere Staatsweisheit ist oder nicht. Die „freisinnigen“ Führer haben für eine nimmermüde Reklame für ihre werthen Persönlichkeiten gesorgt und der Weißbierphilister, der ehrfurchtsvoll zu diesen in den Wollen hoher Politik grandiositätlich dahin wandelnden Erscheinungen empor sah, konnte gar nicht umhin, sie als Staatsmänner ersten Ranges zu betrachten.

Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, daß die Fusion, das „große Werk“ des Herrn Richter, den Keim zu dem Zerfall der freisinnigen Partei in sich birge, weil sie die Partei mit unzuverlässigen Elementen überlastet, die allen zuverlässigen aber abgestoßen hat. Die Zustände in der freisinnigen Partei sind nun, nach der großen Niederlage, schon mehr als bloße Anzeichen des Zerfalls; es ist der Zerfall selbst, der da zum Vorschein kommt.

Aber die freisinnige Partei wird nicht nur deshalb zu Grunde gehen, weil sie kurzfristige und unfähige Führer hat; sie wird ihre Zertrümmerung auch noch durch andere Ursachen beschleunigt sehen. Vor allen Dingen wendet sich die Masse immer entschiedener von dem manchesterlichen Politik ab, die jede Ordnung des wirtschaftlichen Wirkens durch die staatliche Gesetzgebung starrsinnig als einen Eingriff in die „Freiheit“ des Einzelnen bezeichnet. Dies Vergnügen können sich Leute schon erlauben, welche in der Wahl ihrer Eltern vorzüglich gewesen und dementsprechend stützt sind. Anders aber die Bedürftigen, deren Hoffnungen auf bessere Zeiten nur darin begründet sind, daß einmal ein volkstümliche Gesetzgebung kommen werde, geeignet, dem Einzelnen den Kampf um das Dasein leichter zu gestalten.

Die hoffnungslose manchesterliche Politik hat das Spießbürgerthum und die Bauern in hellen Däufen zu den konservativen Sozialpolitikern und zu den Agrariern getrieben.

Wir sind immer überzeugt gewesen, daß in der „freisinnigen“ Partei sehr wenig von wirklichem Freisinn vorhanden ist. Früher bei der Fortschrittspartei war ab und zu noch ein demokratischer Hauch zu verspüren; beim Freisinn ist nur „sanftnes Gleich“ zu sehen, das in den ausgetretenen Bahnen eines widerspruchsvollen Konstitutionalismus dahin wandelt und bei den Wahlen sich „entschieden liberal“ nennt, um ja nicht beim Spießbürger in den Verdacht demokratischer Anschauungen zu kommen. Aber selbst wenn die Führer der Freisinnigen wirklich die Oppositionsmänner wären, für die sie sich doch manchmal ausgeben, um bei anderen Gelegenheiten wieder im tadellofen Logalitätsfrazz zu erscheinen, so würde es doch immer eine Thorheit bleiben, eine wirkliche Oppositionspartei auf das sogenannte freisinnige Bürgerthum begründen zu wollen. Die „Voss. Ztg.“ hat eine sehr empfindliche Wunde berührt, als sie dieser Tage die Frage aufwarf, warum denn gerade die freisinnigen Wähler in Massen in's feindliche Lager desertirt seien, während man bei den Wählern aller anderen Parteien einen gewissen Unabhängigkeitsfrazz antäufte, der in der That überall bald mehr bald weniger entwidelt ist, aber nie ganz verschwindet. Hier ist in der That des Pudels Kern. Das „freisinnige“ Bürgerthum ist mit verschwindenden Ausnahmen nur noch eine Illusion; er existirt nur in der Phantasie einiger wenig scharfsichtigen freisinnigen Politiker. Man spricht oft und gern vom Bürgerthum und vergißt nur zu leicht dabei, daß für ein solches und unabhängiges Bürgerthum auch eine ökonomische Unabhängigkeit erforderlich ist, wie sie der Bürger von ebendem besaß, dessen gewerliche Organisation ihm seine Existenz garantierte. Darin lag auch die große historische Bedeutung der alten Handwerkerorganisation, so wenig sie auf heutige Verhältnisse mehr anwendbar ist. Aber der Bürger von heute ist ein abhängiger Mann geworden, seitdem der Großbetrieb das Handwerk in seinen Lebensbedingungen zerstört. Die Sorge um das Dasein, der tägliche Kampf mit den Widerwärtigkeiten, welche die „freie Konkurrenz“ mit sich bringt, die Unsicherheit des Erwerbes haben aus dem stolzen Bürgerthum von ebendem ein ängstliches, bekümmertes Wesen gemacht, das sich immer fürchtet, in seinem Erwerb gefährdet zu werden, wenn es mit seiner politischen Haltung in den höheren Regionen Anstoß erregt. Goethe kannte die Philister und Spießbürger sehr wohl, als er schrieb:

„Was ist der Philister? Ein hohler Darm voll Furcht und Hoffnung, daß Gott erbarm!“

Diese Klasse ist wahrlich nicht geeignet, die Grundlage für eine Oppositionspartei zu bilden. Dabei ist diese Opposition noch so ungeschickt, in ihrer manchesterlichen Verantheit für den Handwerker die völlige Hoffnungslosigkeit insofern zu proklamieren, als sie ihm den bequemeren Rath giebt, sich „aus eigener Kraft“ wieder empor zu helfen.

Man kann sich, wenn man alle diese Thatsachen zusammenhält, nicht sonderlich darüber wundern, daß die „freisinnige“ Partei aus einander fällt. Sie wird bald nur noch Offiziere ohne Soldaten aufweisen können. Denn wie sollen die Massen zu dieser Partei kommen? Die Arbeiter werden sich höchstens bedanken, diese wollen vom Manchesterthum nichts wissen und erblicken ihr Heil in den sozialistischen Reformen der Zukunft. Der Verzicht, durch die Gewervereine unter der Führung einer komischen Figur wie Max Kirch die Arbeiter in das Schlepptau des „entschiedenen Liberalismus“ zu nehmen, schertete täglich gleich in seinen Anfängen, was nicht dadurch geändert wird, daß noch Trümmer dieser Organisationen bestehen.

Die freisinnige Partei theilt das Schicksal aller Parteien, die sich auf Halbheiten gründen. Man kann nicht zugleich loyal und oppositionell sein. Eine solche Partei wird unter dem Druck von rechts und links langsam zerplatzen. So geht es den Deutschfreisinnigen.

Politische Rundschau.

Vant, 27. November.

Berlin, 26. Novbr. Die Neuwahl zum Reichstag. Ein offiziöser Artikel in den „Damb. Nachr.“ regt an, daß die nächste Reichstagswahl sogleich im Herbst 1889 anstatt zu Ausgang des Winters 1889/90 vorzunehmen sei. Es wird angeführt, daß es möglich sein würde, durch Beibehaltung des im Jahre 1887 nur durch außerordentliche Umstände veranlaßten Februartermins die Erneuerung des Reichstags für alle Zukunft in eine Zeit zu verlegen, welche nicht nur geeignet, sondern im Hinblick auf den Beginn des Etatsjahres am 1. April geradezu notwendig sei für ungestörte gesetzgeberische Arbeit. Soll der Reichshaushaltsetat zum 1. April fertig gestellt werden, so würde dieses kaum dem im Herbst fertig einberufenen Reichstag möglich sein, da er — um der Wahlbewegung freien Spielraum zu lassen — schon etwa zu Weihnachten geschlossen werden müßte; ebenso wenig würde nach den bisherigen Erfahrungen darauf zu rechnen sein, daß ein am 21. Februar neu zusammenzutretender Reichstag bis zum 31. März ein Etatsplenum absolviren könnte. Den Reichstag aber bis zu dem bezeichneten Februarterminen zu lassen, während im Lande die Wahlbewegung ihre Wellen treibt, empfehle sich gleichfalls nicht. — Von unserer Seite wird gegen die frühere Wahl gewiß nichts eingewendet. Man gönnt dem „Angliprodukt“ einen frühen Tod.

Im neuen Reichshaushalts-Etat — so wird von offiziöser Seite berichtet — haben die Kosten der Ausführung des Unfallversicherungsgesetzes im Refort der kaiserlichen Marine eine Erhöhung um den nahe das Doppelte des Betrages vom Jahre 1888/89 erfahren. Es hat sich die Erhöhung, deren Berechnung auf Grund der im Jahre 1887/88 entstandenen Kosten, sowie der für vorgekommene Unfälle gezahlten Renten vorgenommen ist, um so mehr als notwendig herausgestellt, als bei der kurzen Wirksamkeit des Gesetzes über die Unfallversicherung nicht zu erwarten ist, daß ein Theil der zur Zeit laufenden Renten bereits im Laufe der nächsten Jahre zerfallen wird, andererseits aber der Eintritt neuer Unfälle nicht ausgeschlossen ist. Bei dem fortwährenden Anwachsen der Invalidenzahl würde es auch die Fondslage der Unterstützungskasse anders nicht gestalten, die den betreffenden Personen nach den bestehenden Vorschriften bewilligten bezugs willigen Renten zu gewähren, zumal das Kapitalvermögen im Etatsjahr 1888/89 völlig aufgebraucht ist.

Neber die Segnungen der Getreidezölle wird einem Berliner Blatte aus Schleswig-Holstein geschrieben: „Im düsteren Dichte erscheint zur Zeit nach den Schilderungen der Kartellblätter die Lage des Arbeiterstandes in unserer Provinz. Der Verdienst ist im verflohenen Sommer geringer als gewöhnlich gewesen. Dagegen stellen sich sämtliche Lebensbedürfnisse theurer als gewöhnlich. Die wenigsten der „kleinen Leute“ haben ihren Bedarf an Winterheizung und Karloffeln decken können. Es steht zu befürchten, daß im bevorstehenden Winter mander strebame Arbeiter in die traurige Nothwendigkeit versetzt werden wird, Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zu beanpruchen. Die Blätter können sich nicht verhehlen, daß diese traurigen Erscheinungen wenigstens teilweise eine Folge der neuesten Ge-

treibe zölle sind, die in diesem Jahre zum ersten Male voll und ganz ihre Wirkung ausüben und die Lage des „kleinen Mannes“ zu einer sehr traurigen gestalten. Früher aber wußten dieselben Organe die Segnungen der Getreidezölle nicht hoch genug zu preisen und die betheiligten Wähler für die Wahl ihrer Kandidaten zu begeistern. Es wäre den Arbeitern zu gönnen gewesen, daß den eifrigen Verfechtern des Schutzzolls die jegige Erkenntniß etwas früher gekommen wäre.“ Wenn das eintritt, was hier befürchtet wird, daß nämlich viele Arbeiter gezwungen sein werden, Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zu beanpruchen, so würde das auf die nächsten Reichstagswahlen, wenn dieselben schon im nächsten Herbst stattfinden sollten, von wesentlichen Einfluß sein.

Bei den zehn Erstagwahlen zum Reichstag, so berechnet ein Artikel in der „Neuen Stettiner Zeitung“, hat sich die Zahl der Stimmen der Kartellfreunde von 106 151 auf 66 884 vermindert, also um 37 pCt. Die Zahl der Kartellgegner hat sich nur von 101 719 auf 99 654, also nur um 2 pCt. vermindert. Das ist ein Vernebel für die Reformisten.

Ende einer geheimen Untersuchung in einem „Geheimbund“. Seit fast 2 Jahren ist das Untersuchungsverfahren gegen eine Anzahl mehr oder weniger als Sozialdemokraten bekannter Arbeiter der Stadt Celle eingeleitet. Umfassende Untersuchungen und Vernehmungen worden angeestellt, bis endlich 6 Personen eine, unter dem 27. Juni abgefaßte Anklageschrift zugesellt wurde, welche nicht weniger denn 40 Seiten umfaßte. Mit dem Poststempel vom 9. ds. wurde einem der Angeklagten folgendes Schriftstück zugesellt: Lüneburg, 6. Nov. 1888. Der Erste Staatsanwalt. In der Strafsache wider den Zimmermann F. Warden und Genossen in Celle wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz, habe ich Ihnen zum Bescheide, daß die Eröffnung des Hauptverfahrens durch Beschluß der Strafkammer des Königl. Landgerichts Lüneburg vom 22. September d. J. abgelehnt ist. An den Drehsler Herrn Johann Stabe in Celle.“ Vivat sequens.

Im Elberfelder Geheimbundsprozeß ist jetzt die Voruntersuchung geschlossen. Die Zahl der Angeklagten soll eine recht große sein, da man nach und nach fast alle vernommenen Zeugen zu den Angeklagten praktizirte. Vernehmungen und Hausdurchsuchungen wurden in allen Theilen Deutschlands vorgenommen. In München zuletzt noch bei Auer und Biered, in Hannover bei Meißner, in Dresden bei Bebel und Singer. Der Erfolg, den die Staatsanwaltschaft sich etwa von diesem Prozeß versprechen wird, dürfte augenfällig recht zweifelhaft sein.

Von sozialdemokratischer Seite wird, wie das „B. Z.“ gehört haben will, im Reichstag der Antrag auf Aufhebung der Getreidezölle im Hinblick auf die in neuester Zeit eingetretene Steigerung der Brodpreise gestellt werden. „Der Antrag“, meint das Blatt, „wird jedenfalls auch von anderer Seite unterstützt werden. Man wird wieder einer lebhaften Debatte über die Frage der Getreidezölle und ihrer Wirkungen entgegensehen dürfen. An einen praktischen Erfolg des Antrages wird aber im gegenwärtigen Augenblick leider kaum zu denken sein.“

Der auf Grund des Sozialistengesetzes aus Berlin ausgewiesene Restaurateur Jakob hat jetzt die endgiltige Erlaubniß des Aufenthalts in Berlin wiedererlangt. Herr Jacoby gehörte von jeher zur Fortschrittspartei, seine Ausweisung auf Grund des Sozialistengesetzes erregte deshalb seiner Zeit Aufsehen.

Die Aemteilung der Regierung in Schleswig-Holstein mit dem einen Sitz in Schleswig und dem andern in Kiel, wird nunmehr am 1. April 1889 in Kraft treten. Das Oberpräsidium beider Regierungsbezirke wird in Schleswig verbleiben. Da diese Neuorganisation der Zustimmung des preussischen Landtages unterliegt, wird demselben voraussichtlich in der nächsten Session eine bezügliche Vorlage zugehen.

Das amtliche Ergebnis der am 21. d. M. im 3. Wahlkreise des Regierungsbezirks Gumbinnen abgehaltenen Reichstagswahl ist folgendes: Abgegeben wurden im Ganzen 15 776 Stimmen, davon erhielt Oberregierungsath Dobillet (Cons.) 8426, und Gutbesitzer Rau-Sprind (Fortschr.) 7346 Stimmen. Ersterer ist mithin gewählt.

Herr Bebel und die „Kreuzzeitung.“ Die „Kreuztg.“ brachte dieser Tage folgende Mittheilung aus Karlsruhe:

In der „Volkszeitung“ hat Herr Bebel bekannt gegeben, er werde die Verhandlungen, welche zwischen ihm und dem hiesigen Militärgericht in Sachen Ehrenberg's stattgefunden haben, im Reichstage zur Sprache bringen,

wobei er sich vorläufig damit begnügte, in demselben Organ über die geringe Entschädigung zu klagen, die ihm seitens des Gerichts für seine Bemühungen als Zeuge gegen Ehrenberg zu Teil geworden sei. Nach Angabe des sozialdemokratischen Führers ist demselben für seine Reise nach Karlsruhe der volle Betrag für ein Retourbillet 3. Klasse von Dresden bis Karlsruhe bemittelt worden, was der Herr für eine grobe Nichtachtung gegen seine Würde als Reichstagsabgeordneter bezeichne. Darauf ist folgendes zu erwidern: Nachdem durch die bekannten „Enttüllungen“ jenes Herrn im Reichstage das diesige Militärgericht zum Einschreiten gegen Ehrenberg veranlaßt worden, erhielt Herr Bebel alsbald eine Vorladung zur Ablegung seines Zeugnisses in Karlsruhe. Herr Bebel ersuchte jedoch, den Termin um etwa zwei Monate zu verschieben, da er alsdann auf seiner Geschäftsreise Karlsruhe berühren und er seine Aussagen ohne irgend eine Störung seines Berufes oder Verlust an Zeit machen könne. Das Gericht willfahrte dem Wunsch des Herrn Bebel, der freilich seinerseits die erhaltene Frist dazu auszunutzen suchte, um den Schweizer Bundesrath zur Auslieferung der Ehrenberg'schen Akten zu veranlassen. — Es erscheint deshalb als ziemlich unverfroren, wenn jetzt Herr Bebel eine Entschädigung für seine ganze Reise beansprucht, nachdem er selbst erklärt, daß er im August durch Karlsruhe auf seiner Geschäftsreise kommen werde. Das Entgegenkommen des Militärgerichts wird deshalb hier eher als ein zu weitgehendes betrachtet.

Zur Nichtigstellung sandte darauf Herr Bebel an die „Arenztg.“ folgendes Schreiben:

Ihr Korrespondent behauptet, ich hätte seiner Zeit das Militärgericht des 14. Armeekorps zu Karlsruhe gebeten, mein Zeugnisverhör in der Anklagesache wider Ehrenberg bis Ende August zu verschieben, wo ich alsdann auf einer Geschäftsreise Karlsruhe berühren würde. Es sei aus diesem Grunde die, so wird behauptet, von mir in der „Volkzeitung“ erhobene Beschwerde wegen zu geringer Reiseentschädigung „ziemlich unverfroren.“

Diese Darstellung ist falsch. Die in Frage stehende Korrespondenz der „Volkzeitung“ ist weder von mir verfaßt noch veranlaßt und die Verhörfrage verhält sich folgendermaßen:

Gegen Ende Juni traf ein vom 25. Juni datirtes Schreiben des k. k. Gerichts des 14. Armeekorps in Plauen bei Dresden, meinem Wohnort, ein, worin angefragt wurde, ob ich zu einem Zeugentermin am 16. Juli Vormittags in Karlsruhe in der Untersuchungsache wider den Hauptmann a. D. von Ehrenberg wegen landesverrätherischer Handlungen erscheinen könnte. Ich war zu jener Zeit auf der Geschäftsreise und so wurde mir jenes Schreiben nachgelandt, das ich Anfang Juli in Freiburg in Baden empfang.

Ich antwortete, daß ich eben auf der Geschäftsreise sei und dieselbe nicht zu unterbrechen könnte, ich würde aber ungefahr um den 12. August wieder zu Hause sein und stände ich von da ab bis gegen Ende des Monats jeden Tag dem Gericht zur Verfügung.

Als ich dann am 9. August nach Hause kam, fand ich ein vom 4. August datirtes Schreiben des Militärgerichts zu Karlsruhe vor, das mich auf den 20. August ludte. Ich bin darauf einzig wegen dieses Verhörs direkt nach Karlsruhe gefahren und nicht in Geschäften, wie Ihr Korrespondent behauptet. Das kann zum Ueberfluß die Polizeidirektion zu Karlsruhe bestätigen, die mich während meiner Anwesenheit auf Schritt und Tritt bewachen ließ.

Das Fegen und Bangemachen gehört zum Inventar der modischen Reptilienkunst. Wenn eine Wahl bevorsteht, werden Melinitomben fabrizirt und den Bauern

die letzten Röhre aus dem Stalle geholt, damit die letzten Lähnen beim „nationalen“ Appell nicht fehlen. Und wenn der nimmermüde Militärisches Geld haben will, dann heigen sofort am politischen Theatermarkt furchtbare Gewitterwolken auf, das Jucken der Kolophoniumblige jagt dem biederen Reichsbürger, der in der Kneipe seelen noch sein: „Wir fürchten Gott, sonst nichts auf Erden!“ gebrüllt, eine schlotternde Angst ein, so daß sich sein ganzer Leib mit einer Gänsehaut überzieht, und doch er mit Freuden seine irdische und himmlische Seligkeit dahin giebt und alle Habe seiner christlichen Mitmenschen obendrein, nur um momentan das nothte Leben zu sichern. Hat man die Leute so weit, dann kommen die Millionen- und Hundertmillionenforderungen, und der arme Teufel bewilligt blindlings mit geschlossenen Augen und freut sich obendrein noch, daß er so gut weggekommen. Im gegenwärtigen Augenblick wird dieses zwar nicht geniale und auch durchaus nicht moralische, aber dafür desto wirksamere und erfolgreichere Spiel wieder mit ganz besonderem Eifer gespielt, und wir mühen also darauf gefaßt sein, daß dem Reichstag in seiner bevorstehenden Session sehr bedeutende Mehrforderungen für Infanterie, Kavallerie und Artillerie zugehen werden. Im Ausland kennt man schon diese Praxis, und sowohl die englischen als die französischen Blätter fragen sich jedes Mal, wenn die deutsche Reptilpresse einen tädtigen Kadav anfangt: was hat man jetzt wieder in Deutschland vor? oder richtiger — denn der Zweck ist ja immer derselbe — wie viel Millionen oder Milliarden soll der deutsche Michel wieder einmal hergeben? Sehr schmeichelt es ihm das nicht gerade für uns — und leider hat es auch insofern Recht, als es sich mehr und mehr der erstlichen Befürchtung hingiebt, diese eigenthümliche Praxis könne doch gelegentlich einmal zu einem Weltbrand führen. Apoptos, bei Besprechung der jüngsten Reden des englischen Premieres und des belgischen Königs thun unsere Reptilien- und Reptilienblätter so, als seien die in beiden Reden zum Ausdruck gelangten Befürchtungen durch die Saltung Frankreichs veranlaßt. In Bezug auf Lord Salisbury — über die Anschauungen des Königs der Belgier sind wir nicht unterrichtet — sind unsere Reptilien jedenfalls stark im Irrthum. Bei weitem der größere Theil der englischen Presse, und namentlich auch die Organe, welche den Standpunkt der englischen Regierung vertreten, sind keineswegs frei von Mißtrauen gegen die deutsche Politik. Und wir kennen kein einziges englisches Blatt, welches die Franzosen für so verrückt hält, Deutschland angreifen zu wollen. Das Mißtrauen gegen Deutschland ist durch die Saltung unserer Reptilpresse und ganz besonders der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hervorgerufen worden. In England ist Herr Brinter noch nicht zur komischen Person geworden wie in Frankreich. Oder wäre Herr Brinter vielleicht doch nicht bloß eine komische Person?

— Düsseldorf Sozialistenprozess. Nachdem am Dienstag das Zeugnisverhör beendet, begannen am Mittwoch die Plädoyers. Der erste Staatsanwalt Jänisch entwickelte in längerer Rede die allgemeinen Gesichtspunkte der Anklage und Aktesor Dr. Greiffmar begründete die Beweise derselben im Einzelnen. Der Strafantrag gegen den Täter S. Lehmann, als den Hauptangeklagten, lautet auf 1 Jahr, gegen Held auf 9 Monate, gegen die weiteren Mitangeklagten auf 3, 2, 1 und einen halben Monat, sowie auf geringere Geldstrafen. Verurtheilt wurde Lehmann als Leiter der geheimen losalen Verbindung zu 6 Monaten Gefängnis. Ferner wurden verurtheilt: 10 Teilnehmer zu 3 Monaten bis zu 3 Wochen, ein Anführer zur Verberichtung verbotener Schriften zu einer Woche Gefängnis. Sechs Angeklagte wurden freigesprochen.

Gerade nicht besonders befriedigt von dem Erfolge ihrer Mission verließ Frau Müller das Zimmer, um so gleich dem jungen Manne Bericht zukommen zu lassen. Auch Oskar war nicht erfreut von dem kurzen Besuche. Er hatte geglaubt, daß sein Anerbieten mit Freuden angenommen werden würde. Die weiteren, nebelhaften Mittheilungen der Alten machten es ihm aber klar, daß etwas im Spiele sei, daß irgend einer jener Schurkenstreiche ausgeführt werden sollte, wie es Verno schon zu Duzenden auf dem Gewissen hatte. Es war nunmehr seine feste Absicht, am nächsten Tage mit dem jungen Mädchen zu reden und dieselbe zu warnen. Sie konnte ihm nur dankbar dafür sein.

Lottchen hatte gleich nach dem Betreten ihres Stübchens nichts Eiligeres zu thun gehabt, als dem Inhalt der ihr von Verno in die Hand gedrübten eleganten Börse nachzuspüren. Mehrere blanke Goldstücke schimmerten ihr aus derselben entgegen. Nun war sie ja auf Wochen hinaus gesichert, selbst wenn sie gar nicht mehr arbeiten würde. Lottchen betrachtete die schweren Goldstücke von allen Seiten und barg sie dann an ihrem alten Platz, den Schatz fürsorglich in ihrer Kommode einschliefend.

Am folgenden Tage war sie bereits zeitig auf dem Posten, brachte unter Singen und Jubeln ihr Stübchen in Ordnung und blickte dann aus dem Fenster, um die herrliche Morgenluft einzuathmen. Nicht lange dauerte es, da entwidete sich auf den Höfen das gewöhnliche Sonntagstreiben; von fernher tönten die Gloden der Zionkirche und riefen für einen Augenblick in Lottchens den Entschluß nach, die Ruhe des Sonntags zu einem Kirchenselbst auszunutzen. Seit Jahren hatte sie nie die Zeit dazu finden können. Doch was sollte sie da. Sie erinnerte sich der Worte ihres Vaters, der oftmals sagte: Derjenige sei am besten daran, der seine Kirche des bei sich trüge, um jeberzeit darin entziehen zu können. Die beste Kirche sei das eigene, gute Gewissen. Sie hatte gerade eine Handarbeit vorgenommen als es an ihre Thür klopfte und auf ihr „Herein“ Oskar Bethnell ihr

Holland.
Amsterdam, 22. November. „Gestern fanden arge sozialistische Exzesse statt. Eine große Anzahl Sozialisten zogen Nachts vor das Stadthaus. Die Polizei, welche die Bande zerstreuen wollte, wurde angegriffen, wobei mehrere Sozialisten und Polizisten schwer verwundet wurden.“ So berichtet der „Hann. Cour.“

Belgien.
Brüssel. Wenn die belgische Regierung geglaubt hat, durch einfaches Stillschweigen die Arbeiterfrage aus der Welt zu schaffen, so muß sie bald eines Besseren belehrt sein. Die belgische Arbeiterbewegung nimmt vielmehr eine sehr akute Gestalt an und bildet sich zur allgemeinen Lohnbewegung aus, welche unserer Industrie gefährlich werden kann. Den Direktoren der Bergwerke wurde dieser Tage eine Petition im Namen von nicht weniger als 30 000 Vergleuten überreicht, welche mit Rücksicht auf die bedeutende Steigerung der Kohlenpreise und der Bergwerks-Dividenden eine 20prozentige Lohnerhöhung begehrten. Bis her ist von irgend welchen Zugeständnissen der Direktoren nirgends die Rede, wodurch die Erbitterung in der Arbeiterbevölkerung einen bedenklichen Grad erreicht. Zeugnis davon legt die große Arbeiterversammlung ab, welche in La Louviere abgehalten wurde und woran 1500 Vergleute Theil nahmen. Die Versammlung nahm nach den bestigsten Reden gegen Königthum und Bourgeoisie einstimmig den Beschluß an, lieber die Arbeit einzustellen, als unter den heutigen Umständen fortzuarbeiten.

Brüssel. Da die Sozialisten-Versammlungen an den nächsten Sonntagen sich wiederholen sollen, haben die Bürgermeister der Hauptstadt und der Umorte gestern den gemeinsamen Beschluß gefaßt, es jedem einzelnen zu überlassen, ob er auf seinem Gemeindegebiete die Versammlung verbieten oder gestatten wolle. Nur in den Vororten St. Gilles und Etene scheint ein Verbot nicht eintreten zu sollen.

Brüssel. Es ist ein eigenthümlicher Zufall, daß gerade jetzt, wo die belgische Regierung alle Kohlenzehen des Centre mit Gendarmerie belagen läßt, das Arbeitsministerium den Bericht über die belgische Kohlenindustrie im Jahre 1887 veröffentlicht. Er ist für das Ausland in hohem Maße lehrreich, giebt er doch über die Gründe der in Belgien fortwährenden Arbeitergräbungen untrüglichen Aufschluß. Man erfährt aus ihm, daß Belgien im Jahre 1887 die höchste Produktion, nämlich 18 378 624 Tonnen Kohlen im Werthe von 147 074 000 Frk. erreicht hat, daß 90 Kohlenwerke 11 Millionen Franks gewonnen 50 dagegen mit 2 Millionen Franks Verlust abgeschloffen haben. Der Jahreslohn der Arbeiter betrug im Fennegaug zwischen 727 und 852 Fr., in Lüttich 910 Fr. Die Zahl der Arbeiter betrug 100 937, aber diese amtlichen Zahlen ergeben, daß der fünfte Theil aller belgischen Kohlenarbeiter aus Weibern, Knaben und Mädchen unter 16 Jahren besteht. In der Tiefe der Gruben arbeiteten 3201 Weiber, 7920 Knaben und 1032 Mädchen unter 16 Jahren; in den Werken 3762 Weiber, 2381 Knaben, 2380 Mädchen, also 20 676 Weiber und Kinder. Schlimmere Zustände, welche nothwendig den moralischen, geistigen und körperlichen Verfall der Kohlenarbeiterfamilien herbeiführen müssen, lassen sich nicht denken. Daß bei solcher Ausnutzung der Frauen- und Kinderarbeit die Selbstkostenpreise sinken, ist sehr natürlich, denn der Tagelohn der Weiber beträgt 1,80 Franks, der der Knaben 1,45 Franks, der Mädchen 1,10 Franks! So ist es kein Wunder, wenn die Arbeiter, die elend leben, keines staatlichen Schutzes bei Unfällen oder Arbeitsunfähigkeit sich erfreuen, politisch rechtlos sind, unruhig werden und blindlings in der Hoffnung auf bessere Zeiten den Wählern (!) und Agitatoren folgen. (Wcl.-Ztg.)

25) **Arme Mädchen.**

Erzählung aus dem Berliner Leben.
Von E. Fisher.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Lottchen unterdrück den Wortschwall der alten Frau Müller, indem sie bemerkte, daß sie wohl sehr bald keinen Gebrauch mehr von der Maschine machen würde, dann sollte aber Niemand anders dieselbe erhalten als ihre alte brave Wirthin.

Das war ein willkommener Anknüpfungspunkt. „Also so weit ist's schon, Jungfer Lottchen? — Aber nun sage Euer, wie das Alles so schnell kommen kann. Hätte das Jemand am Sonntag ahnen sollen. Ja, ja, ich hatte recht: in's Haus wird keiner gelassen kommen, man muß sich sehen lassen. Nun, sagen Sie bloß, was ist das für ein gar so nobler Herr?“

„Sollen Sie alles noch erfahren, Frau Müller,“ beschwichtigte Lottchen die neugierigen Fragen ihrer alten Wirthin. „In einigen Tagen wird sich alles entscheiden!“

„Nun, ich wünsche Ihnen alles Glück, aufrichtig, alles Glück, aber ich weiß nicht recht.“ — Frau Müller hielt inne.

„Nun“ — ermunterte Lottchen — „sprechen Sie sich ruhig aus.“

„Ich traue so seinen Herrn nicht recht,“ fuhr Frau Müller fort, „besonders wenn sie sich gerade so ein ganz armes Mädel — — nun aber sind Sie ja ein verständig Mädel, Jungfer Lottchen, hoffentlich wird's Ihnen nie gereuen. Doch mit der Maschine, da wollt ich noch fragen, wenn's auch gerade nicht nothwendig ist, so könnt's doch vielleicht nicht schaden, wenn“ —

„Nun ja! sollte es nothwendig sein, dann werde ich den jungen Mann rufen lassen!“ beruhigte Lottchen. Es war heute nichts mit derselben anzustellen.

Zimmer betrat, sich höchlich wegen des frühzeitigen Besuchs entschuldigen.

„Mein Fräulein,“ begann er. „Sie werden überrascht sein, daß ich mir die Freiheit gestatte, Sie in einer Angelegenheit zu belästigen, die vielleicht immerhin für Sie von einer gewissen Bedeutung sein dürfte. Ich hielt es für meine Pflicht, Ihnen über bestimmte Thatsachen Aufklärung zu geben, die auf jeden Fall für Sie von Wichtigkeit sein dürften.“

Lottchen war durch den unerwarteten Besuch so überrascht, daß sie bisher die einfachste Höflichkeitspflicht vergaß: Oskar Bethnell zum Eigen einzuladen. Von des letzteren Gegenwart etwas betroffen, forderte sie denselben jetzt schüchtern auf, gefälligst Platz zu nehmen, indem sie einen Stuhl in die Nähe des Tisches rüde, während sie selbst an der gegenüberliegenden Seite sich niederließ.

Nachdem Oskar ihrer Aufforderung Folge geleistet hatte, fuhr er fort:

„Zufällig habe ich bemerkt, daß Sie, mein Fräulein, das — Vergnügen haben, der Bekanntschaft eines Herrn Bethnell sich zu erfreuen, der auch am gestrigen Tage die Ehre hatte, in Ihrer Gesellschaft zu weilen. Dieser Herr ist — mein Bruder!“

„Ihr Bruder?“ fragte Lottchen erhaunt.

„Jawohl, mein Bruder!“ fuhr Oskar fort. „Besondere Glücksumstände haben ihm eine angenehme soziale Stellung verschafft, er hat dieselbe aber leider nicht in der Weise verwerthet, daß ihm ein besonderes Noth gesamt werden könnte, im Gegentheil, seine Vergangenheit weist manchen dunklen Fleck auf, die, so unangenehm es für mich als Bruder ist, dies sagen zu müssen, ihn nicht geeignet erscheinen lassen, Ihrer so hochachtbaren Bekanntschaft sich zu rühmen. Erlaube Sie mir die weiteren Einzelheiten und glauben Sie der Versicherung eines Sie hochschätzenden Mannes, daß Ihr eigenes Interesse es rathsam erscheinen läßt, die Bekanntschaft mit jenem Herrn abzubrechen.“

(Fortsetzung folgt.)

Frankreich.

In Paris erschien eine von Numa Gilly verfasste Broschüre, welche starke Angriffe gegen mehrere Deputierte enthält. Die Deputierten Gerolle, Neache und Salis haben erklärt, Numa Gilly und den Verleger Savine wegen Verleumdung gerichtlich belangen zu wollen.

Mehrere konservative und boulangistische Blätter beschuldigen die Regierung, anfänglich der am 2. Dezember cr. stattfindenden Rundgebungen am Grabe Baudin's einen Staatsstreich zu beschließen. Man werde einen Konflikt hervorrufen, indem man ein Komplot gegen die öffentliche Sicherheit vorspiele. Die Führer der konservativen und boulangistischen Parteien würden bei dieser Gelegenheit verhaftet und zur Aburteilung vor den Senat gestellt werden. — Es ist wohl klar, daß man es hier lediglich mit einem konservativ-boulangistischen Agitationsmittel ohne ernstlichen Untergrund zu thun hat.

England.

Vor dem Oberhaus-Ausschusse zur Untersuchung des Ausdeutschems erschien eine Anzahl Londoner Dockarbeiter, welche die in ihrem Berufe herrschenden Zustände schilderten. Der Sekretär ihres Gewerks, Zillen, gab an, daß es in London etwa 100 000 Dockarbeiter gäbe, von denen jedoch stets nur 40 000 Beschäftigung fänden. Auch bei den Ein- und Ausladen der Schiffe herrsche, mit Ausnahme des West India Docks, das System der Austerfrachte. In den Willmaw Docks sei der Fall vorgekommen, daß die Arbeit an einen Unternehmer zu 1 s. 8 d. per Tonne vergeben worden sei, welcher seinerseits den Arbeitern 4 1/2 d. per Tonne bezahle habe. Es fehle auch nicht an den gemeinsten Kunstgriffen. Die Arbeiter würden beispielsweise um Mittag entlassen und Nachmittag wieder eingestellt, um die Stunde für das Mittagmahl nicht zahlen zu müssen. Der Verdienst hätte seit 16 Jahren bedeutend abgenommen. Seitigen Tages könne ein Dockarbeiter sich glücklich schätzen, wenn er fünf Monate im Jahr behändig Arbeit hätte. Die Einführung von Maschinen beim Verladen der Schiffe habe auch den Handarbeitern sehr geschadet. Ausländer gäbe es unter den Frachterladern am Londoner Hafen fast gar keine.

Aus Irland: Als der katholische Priester Cunningham in Costletown am letzten Sonntag von der Kanzel herab das Boycott eines Polizeirichters verurtheilte, entfernten sich sofort alle angelegeneren Mitglieder der Nationalliga aus der Kirche. Ebenso verließ in Knocka die gesamte Gemeinde das Gotteshaus, als der Pächter Ryan eintrat, welcher eine Farm, dessen früherer Besitzer ausgewiesen war, übernommen hatte. — Der Londoner Korrespondent des „Freeman's Journal“ macht folgende etwas geheimnißvoll klingende, vielleicht abnungsvolle Bemerkung: „Die mehr oder weniger auf Corp-Autorität sich gründenden Gerüchte, daß die irischen Bischöfe einen neuen Erlaß vom Papste erhalten haben, halten an. Die Sache giebt Anlaß zu höchst unangenehmen Kommentaren.“

Parlamentarisches.

Die Zeitschriften haben im Reichstage folgende Anträge eingebracht: 1) Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, noch im Laufe dieser Session dem Reichstage den Entwurf eines Nachtragsgesetzes zur Gewerbeordnung vorzulegen, betr. die weitere Ausbildung der Arbeiterausbildung in Ansehung der Frauen- und Kinderarbeit. 2) Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldmöglichst den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Einführung von Gewerbegerichten vorzulegen, mit der Maßgabe, daß die Richter derselben in getrennten Kammern und in unmittelbarer Gerichts- und gerichtlicher Abstammung gewählt werden. 3) Der Reichstag wolle beschließen: Mit Rücksicht auf die in den letzten Jahren vielfach vorgekommenen Beschüsse gegen den 3. 4. 5. und 6. der Gewerbeordnung für das deutsche Reich, gegen § 17 des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869, gegen die §§ 9 und 28 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Okt. 1878 den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die verbündeten Regierungen die nachgeordneten Behörden mit Anweisungen dahin versehen, daß die genannten gesetzlichen Vorschriften in Zukunft genau beachtet werden.

Die Centralfraction des Reichstages hat den Beschluß gefaßt, dem Antrag Hüje (früher Ackermann-Büch) auf Einführung des Wahlsystems nachweislich wieder einzubringen. Nach der „Kreuzzeitung“ wäre der gleiche Antrag von der konservativen Partei bereits eingebracht. In Betreff einer Wiederholung des Arbeiterausbildungsgesetzes war bis heute ein Beschluß seitens des Centrums noch nicht gefaßt.

Irland.

In den letzten Monaten herrichte in Irland Ruhe, nicht die Ruhe eines Kirchhofes, sondern eine Art Waffenstillstand, insofern die Werkzeuge Balfour's keinen Anlaß suchten oder fanden, um die irische Bevölkerung zu plagen oder aufzureizen. Die „Times“ und bis zu einem gewissen Grade auch Balfour stellen diese verhältnismäßige Ruhe als einen Sieg der Vergewaltigung dar. Das ist jedoch nicht der Fall. Es fanden einfach keine gerichtlichen Verfolgungen statt und das Land war deshalb ruhig, die Nationalliga hatte keinen Grund, hervorzutreten. Die Liga horrt noch wie zuvor; die unterdrückten Zweigvereine haben ihre regelmäßigen Versammlungen, deren Verhandlungen in den Zeitungen abgedruckt worden und diese werden offen verkauft. Balfour spielte Golf auf einem seiner östlichen Güter — und Irland hatte Ruhe. Aber bei seinem letzten Besuch in Dublin — er geht nur selten dorthin — hatte er Befehl gegeben, den Ausstreibern in Wexford und auf den Gütern des berüchtigten Marquis of Clanricarde freien Lauf zu lassen; diese haben denn auch stattgefunden und das gerichtliche Verfahren, das gegen die Vertheidiger ihrer Heimweien in Coolroe und Woodford eingeleitet worden ist, wird allgemein als das Vorbild größerer Ruhestörungen, möglicherweise eines Aufstandes angesehen. Oberst Turner, der das Ausstreiberkorps bei Coolroe befehligte, rief beim

Anblick der erstürmten und zerstörten Häuser aus: „Wozu diese Ausstreibungen! Die Pächter verlieren ihr Heimweien und die Grundeigentümer kriegen doch kein Geld!“ Das ist buchstäblich wahr, und der Abgeordnete Schwankefer, welcher kürzlich von einer Rundreise in Irland zurückkehrte, konstatierte die Thatfache, daß die Regierung die ihr vom Parlamente gegebenen Vollmachten nicht dazu verwende, die Verbrecher im Schach zu halten, sondern nur unmöglichen Pächtern für habgierige Landlords einzutreiben. Hunderte von Ausstreibungen, ja tausende stehen noch aus, und wenn die Landlords nur den Muth haben, auf ihrem Recht zu bestehen, so werden binnen Kurzem ganze, vordem blühende Landstriche in Einöden und Wüsten verwandelt sein. Und das mächtige England giebt seine Reichthümer, seine Soldaten dazu her, um das Nachbarland zu verwüsten und leihweise, aber durch Jahre lange Bedrückung verarmte Bäuerlein von Haus und Hof zu vertreiben, bloß weil ein Geißels von Schlag des Marquis of Clanricarde es will, ein Mensch, dessen Betragen ein Richter in Dublin als unmenschlich bezeichnete, der im Unterhaus von einem englischen Abgeordneten ein „Ausfägiger“ genannt wurde, ohne daß eine Stimme sich zu seiner Rechtfertigung erhoben hätte. Aber unsere Nachbarn sind eben Agrarier und die Sache der irischen Agrarier haben sie zu der ihrigen gemacht. Eine Menge englischer Touristen haben im Laufe des Sommers Irland besucht und beinahe Alle melden, daß das Land der Verwüstung nahe ist. Jahrbunderte der Bedrückung haben die Bevölkerung ruinirt; überall erblickt man daholose Wohnungen, halbzerstörte Ortschaften und verlassene Vorstädte; Häfen ohne Schiffe, die Rais von leeren Magazinen umgeben; Jahrmärkte und Bodenmärkte ohne Käufer; das Vieh, Kinder sowie Schafe, scheidet in Qualität und von geringer Quantität, und der Boden selbst erscheint erschöpft und unfähig, gutes Gras zu produzieren. Irland ist gänzlich zu Grunde gerichtet,“ sagten einige, — selbst Home Rule (eine heimische Regierung; Irland durch Irland regiert, ist die Forderung der Home-Rule-Partei) ist nicht länger im Stande, die Bevölkerung und das Land aus dem bodenlosen Unglück zu retten. Die statistischen Tabellen bestätigen die Aussagen der Reisenden. Der Generalregistrator meldet, daß dieses Jahr 86,239 Acres mehr unproduktiv sind, d. h. brachliegen, als im Vorjahr, und die Bevölkerung ist von 4 889 408 auf 4 837 313 zurückgegangen, hat also über den natürlichen Zuwachs hinaus 50 000 Seelen verloren, natürlich durch Auswanderung. Obendrein ist die Ernte dieses Jahres nicht gut und wird, wenn nicht ein Wunder geschieht, vielerorts ganz verloren gehen. Das Heu ist gänzlich verdorben; der Daser ist nicht viel besser; die Kartoffeln, welche einen guten Ertrag versprochen, sind von einer Krankheit angeheftet und somit ist das Hauptnahrungsmittel gefährdet. Bloß Kumpelrüben und Mangelpflanzen sind gut. Eine Hungersnoth ist schlimm genug, aber eine Hungersnoth, verbunden mit Vergewaltigung nach Balfour's Vorbild, dürfte auch für die verzweifelten Irländer zu viel sein. Der Sturm hat bereits schon angefangen mit einem öffentlichen Meeting in Waterford, wo William O'Brien, der sich in Paris einige Ruhe gönnt hat, eine heftige Rede hielt; neben ihm auf der Plattform standen die zwölf Helden von Coolroe, die auf Bürgerschaft freigesetzten Vertheidiger ihrer Heimweien. Weitere Meetings werden abgehalten werden. Byrne, der Landlord in Coolroe, hatte den von den Pächtern angebotenen Vergleich abgelehnt, trotzdem der Sheriff ihn billigte und dessen Annahme empfahl. Die Abgeordneten John und William Redmond werden gerichtlich belangt, weil sie den Bauern den Widerstand gegen das Gesetz anempfohlen. Die tyrannische Verwaltung Irlands durch Balfour hat die Bevölkerung demoralisirt; das Gesetz wird gehaßt, verachtet; seine Gefängnisstrafe wegen Bruch des Gesetzes gilt als eine Ehre. Diese Regierungsmethode ist so entsetzlich dumm, weil sie unwirksam ist — aber leider gehen darüber Land und Leute dem Ruin entgegen — deshalb ist sie grauam, ja verbrecherisch.“

Gewerkschaftliches.

Abend. Zehnerstreik. In der Dampfwerk des Hrn. Schuhmacher haben die Werkhutenarbeiter die Arbeit eingestellt. Es streiken 10 Mann; die Ursache sind Lohndifferenzen. Zugang ist fernzuhalten. Gelder und Briefe sind zu senden an Carl Buzkow, Köpfer, Mitterstraße 33, Lübeck.

Die Agitationskommission der Rauer Deutschlands petitionirt an den Reichstag, Bundesrath und Reichsamt des Innern für gesetzliche Sicherstellung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter.

In der Eisenhütte von Wöllitz u. Holzberg in Bredow bei Stettin ist von 20 Farmern (sämmlich) die Arbeit eingestellt worden wegen der Reduktion der Arbeitspreise um 25 pCt. Die Arbeiter sind nach Berlin zum Streik geschickt worden. Also Achtung! Näheres in der „Metallarbeiterzeitung“.

Arbeitsl. Zähl. Der Streik der hiesigen Drechsler ist zu Gunsten der Arbeiter beendet, alle Meister haben nachgegeben, auch die Herrcn Brandt und Galle, die hartnäckigsten, haben sich zu einer Lohnherabsetzung entschlossen.

Aus Stadt und Land.

Vant, 26. Nov. Bürgerverein Vant. In der gestrigen Versammlung des Bürgervereins Vant wurde beschloffen, das Vereinslokal nach der Wirthschaft der Frau Wwe. Brumand zu verlegen. Außerdem fand die Aufnahme von 9 neuen Mitgliedern statt.

Vant, 26. Nov. Ein Messerheld. Am Sonnabend Abend geriet der Schlossergeselle Gustav Gable aus Berlin, als er aus dem Laden des Kaufmanns Wende in Kopperhörn auf die Straße trat, mit einem Menschen in Streit, in dessen Verlauf dieser ein Messer zog und dem G. damit einen Stich beibrachte, durch welchen diesem ein Auge ausgehoben wurde. Der Verletzte wurde nach dem Armenhause in Vant überführt und ihm hier durch Herrn Dr. Siegmund die erste ärztliche Hilfe geleistet.

Da sich herausstellte, daß G. bereits seit dem 19. d. M. auf der „Herberge zur Heimat“ in Wilhelmshaven logirt, wurde dessen Transport nach dem dortigen städtischen Krankenhaus bewilligt. Den Nachforschungen der Gendarmarie soll es gelungen sein, den Thäter festzunehmen. Es soll angeblich ein Fuhrmannsnecht sein.

Vant, 26. Nov. Eines äußerst zahlreichen Besuchs erfreute sich die vom Verein „Frohinn“ veranstaltete Abendunterhaltung, welche gestern Abend im Saale des Herrn Hug „zur Krone“ stattfand. Wie gewöhnlich war für ein recht abwechslungsreiches Programm gesorgt. Concertpièces wechselten mit Gesangsporträgen ab; von letzteren fand „Die Post im Walde“ mit Waldhornbegleitung ungemeinen Anklang. Lebhafter Beifall wurde auch den Zithervorträgen spendet. Die einzelnen Coupletvorträge sowie die aufgeführten beiden Einakter: „§ 11“ und „Beim Kommissarius“ wurden gleichfalls sehr beifällig aufgenommen. Zum Schluß wurde noch das humoristische Quartett: „Eine Stadtverordnetenversammlung“ vorgetragen und erzielte dasselbe seine alte Wirkung. Sowohl die Mitglieder als auch die Freunde des Vereins dürften mit dem Erfolg des Festsess vollauf zufrieden sein.

Wilhelmshaven, 23. November. Dem Bürger-vorsteherkollegium wurde in seiner letzten Sitzung ein neues Projekt unterbreitet, die Errichtung eines zweiten, privaten Wasserwerks betreffend. Der Magistrat will mit einem Unternehmerkontrakt einen diesbezüglichen Vertrag abschließen. Das Projekt ist sehr beachtenswerth und dessen befriedigende Ausführung erwünscht. Vielleicht würde sich auch Gelegenheit zum Anschluß an die neue Wasserleitung für die Ortschaften Kreutremen und Seppens finden. Im „Tageblatt“ wird der Wortlaut des Vertrages, der für weitere Kreise ohne Interesse ist, veröffentlicht.

Kreutremen, 25. Nov. Entziehung des Militärbefehls. Wie man uns mittheilt, ist dem Militär der Besuch der „Germaniahalle“ verboten worden. Ein Grund braucht ja für derartige Maßnahmen nicht angegeben zu werden und so bleibt für die verdienstlichste Auslegung freier Spielraum. Die Militärbehörde selbst hat jedenfalls in dem betreffenden Lokale Nichts bemerken können, was dem Militär nachtheilig sein könnte, wogegen aber scheinbar gewisse Leute, welche in jedem Arbeiterverein „Umsturz“ erblicken, ihrer blinden Denunziationswuth Genüge geleistet und dadurch die Militärbehörde zu diesem Verbot veranlaßt haben. Der Inhaber des betreffenden Lokals hat denn auch auf Grund dieses sanften Fingerzeigs auf einmal die Entbedung gemacht, daß gewisse, in seinem Lokal verkehrende Fachvereine „sozialdemokratischen Umsturzbestrebungen“ buldigen und denselben aus diesem Grunde sein Lokal gekündigt, jedenfalls zu dem Zweck, um durch dieses lokale Verhalten die Zurücknahme des Verbots zu bewirken, was wir ihm übrigens gern gönnen, da er thatsächlich momentan durch dasselbe wirtschaftlich geschädigt wird. Ob er für die Folge durch sein Verhalten einen Vorteil erzielen wird, möchten wir allerdings bezweifeln. Einen recht eigenthümlichen Eindruck macht die Maßregel der Militärbehörde, wenn man sie von einer anderen Seite beleuchtet. Die Gehälter der Admirale sowohl, wie auch die Gehälter zur Unterhaltung des gesammten Militärs werden bekanntlich durch die Steuergroßen der Staatsbürger beschafft; auch die Gastwirthe müssen dazu beitragen; dafür haben die Steuerzahler dann das höchst zweifelhafte Recht, sich durch diese von ihren Steuergrößen unterhaltenen Admirale oder sonstigen militärischen Personen bestrafen und wirtschaftlich schädigen zu lassen, wenn es denselben gerade gefällt oder das vorgeschriebene lokale Verhalten nicht beobachtet wird. Und als Mittel dazu dient das von den Steuergrößen der Staatsbürger unterhaltene Militär. Gegen die Arbeiter hat man strenge Strafen in Bereitschaft, wenn dieselben bei Lohnlämpfen Verfassungsänderungen gegen Diefen oder Jenen ansprechen oder fundgeben. Wer giebt denn einer Militärbehörde das Recht, durch eine derartige kategorische Verfassungsänderung, wie sie auch in dem angeführten Verbot liegt, die steuerzahlenden Bürger wirtschaftlich zu schädigen? Erachtet man den Vertheer der steuerzahlenden und das Militär mitunterhaltenen Arbeiter mit jenem für so gefährlich oder des Militärs nicht für würdig, dann befreie man diese Klasse der Staatsbürger auch von der Pflicht, ihre Großen zur Erhaltung desselben herzugeben. —

Humoristisches.

Die „Weser-Zeitung“ läßt sich aus Berlin berichten: „Eine neue Arbeiterpartei, welche sich ohne Anlehnung an andere Parteirichtungen streng auf den Boden der Rdignität stellen will, hat sich gestern Abend konstituirt. Die Anregung zur Begründung der Partei ist aus Arbeiterkreisen selbst hervorgegangen.“

Literarisches.

„Der erste Richtentlemen aus dem Zeugenhand“ betitelt sich eine Broschüre, die bei M. Ernst in München erschienen ist und einen getreuen Bericht über die Verhandlungen des Rühmiger Geheimbund-Prozesses am 26. und 27. Oktober d. J. gibt. Es kostet 30 Pfg. und umfaßt 3 1/2 Bogen klein gedruckter Schrift. Dieser Bericht, welcher mit einer glänzenden Freiprediger der 13 Angeklagten endete, erregte insofern auch in weiteren Kreisen großes Aufsehen, als bei dieser Gelegenheit zum ersten Male seitens der Anklagebehörde einer jener dunkler Geheimniss, deren sich die politische Polizei zur Aufschlüsselung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bedient, auf der Zeugenbank getraut wurde, und alle Welt sich überlegen konnte, welcher Art jene Männer sind, von denen Herr von Quittmann meinte, daß sie ja allerdings im Allgemeinen auf den Ziel Genesens“ keinen Anspruch erheben könnten, deren Beistille aber die politische Polizei nicht entziehen könne. Der Verlauf des Prozesses, insbesondere die Veröffentlichung der Aktenstücke, war aber auch noch interessante Streiflichter auf die Art und Weise, wie das Material zu den jetzt so häufigen Geheimbund-Prozessen zusammengetragen wird. Diese Darlegung ist von höchstem Interesse, nicht nur für alle Vorkämpfer in der sozialdemokratischen Partei, sondern für Jeden, dem für das öffentliche Leben auch nur ein kleiner Theil Interesse geltehen ist — sei er Freund oder Feind der „Partei der Entertien.“

